

## **Rede zur Ausstellung „Gruppenbilder mit Dame-Politikerinnen im Landkreis Peine, gestern bis heute“**

Sehr geehrte Damen,

Im letzten Jahr wurde Peine **FrauenORT**, und zwar mit der **ersten niedersächsischen Landrätin Hertha Peters**. Sie war eine der ersten Politikerinnen, die in der Nachkriegszeit auf die politische Bühne gestiegen ist, um gesellschaftliche Entwicklungen mitzugestalten.

Die Historikerin Dr. Karin Ehrich hat dabei die vielen Unterlagen aus Archiven und private Dokumente, die mir Verwandte zur Verfügung gestellt hatten, historisch aufbereitet und einen Stadtplan mit einer kurzen, aber beeindruckenden Kurzbiographie erstellt.

Wir fanden, dass Hertha Peters nicht alleine als Frau auf der politischen Bühne stehen sollte und haben entschieden, uns auf die Suche nach weiteren bedeutenden Politikerinnen im Landkreis Peine zu machen.

So haben Dr. Ulrika Evers und ich beschlossen, Frau Dr. Karin Ehrich zu beauftragen, diese Politikerinnen ausfindig zu machen.

Von Anfang an war unsere Idee, eine besondere Ausstellung zu entwickeln – keine Fotogalerie.

### **Das Konzept unserer Ausstellung:**

Neben Gruppenbildern mit Damen werden ausgewählte Exponate gezeigt, die z.B. als Symbol für die politische Arbeit der Politikerinnen stehen oder die sie persönlich mit ihrem Engagement verbinden. Zeitungsberichte oder andere Informationen über den politischen Werdegang und Fotos aus der politischen Arbeit ergänzen dies.

Interessant wird die Ausstellung aber auch durch die Gestaltung des Ilseder Grafikers Sven Rohde, der das Thema „Frauen/ Politik und Macht „ durch verschiedene Gestaltungsmittel heraushebt und die Inhalte kreativ verpackt hat, eben nicht nur „immer an der Wand lang“.

### **Recherche**

Eine erste Recherche ergab, schon in der Weimarer Republik gab es weitere engagierte Politikerinnen, die uns bis dahin

unbekannt waren, und es gab einige, die in der Weimarer Republik politisch aktiv wurden und ihre politische Arbeit in der Nachkriegszeit wieder aufnahmen wie Frieda Mätz, Stadtrat Peine und später Mitglied des nds. Landtags.

***In den 60er Jahren werden es mehr:***

*Hilde Sommerfeld(CDU), Gemeinderat Essinghausen, Leonie Arnold (SPD) Gemeinderat Gadenstedt, Bianka Kusch, (CDU), Gemeinderat Meerdorf, Mariechen Möhle (SPD), Gemeinderat Solschen, Ilse Hartwig(SPD) Stadtrat Peine, Elisabeth Schaper (CDU) Ortsrat Gadenstedt, Edith Stümpel(SPD) Kreistag, Astrid Heiligentag(SPD) Kreistag.*

***In den 70ern sind zu nennen:***

*Für den Stadtrat: Erna Reinholz( SPD) Ingeborg Stoll( CDU) Liesel Herbig(SPD)*

*Für den Braunschweiger Kreistag: Ulrike Block von Schwartz (SPD)*

*Für den Kreistag: Edda Schliepack( CDU) Erna Reinholz(SPD) Adelheid Büttner(SPD) Ortsrat Vechelde, Brigitte Recheleit (SPD) Gemeinderat Vechelde, Margot Hoffmann( SPD) Gadenstedt, Jutta von Schwartz(CDU)Ortsrat Abbensen, später Kreistag*

***In den 80ern :***

*Für den Kreistag: Elke Klußmann(CDU), Rosemarie Leunig(SPD), Edda Schliepack(CDU) bleibt,Eva Folta(SPD), Karin Langeheine( SPD) Rosemarie Tinius(SPD) Kreistag, später Landtag.*

Die 90er Jahre bis heute lasse ich unerwähnt.

Informationen dazu finden Sie insgesamt auf den frauenpolitischen Zeittafeln, die sich gliedern in **„Politische Teilhabe von Frauen in der Weimarer Republik“**, **„Peiner Frauen in der Kommunalpolitik 1946-1968“**, **„Politik ist nicht nur Männersache - die 1970er und 1980er Jahre“** und **„Zwei Schritte vor, einen Schritt zurück-Frauen in der Politik seit den 1990er Jahren“**.

Aus dieser Vielzahl von Politikerinnen haben wir dann ausgewählt.

## **Unsere Kriterien waren:**

1. Lange Zugehörigkeit zum Rat oder Kreistag und Übernahme von wichtigen politischen Funktionen bzw. Führungspositionen.
2. Wenn die Frauen erst kürzere Zeit im Kreistag sind, dann wiegt die Übernahme von Führungspositionen umso schwerer
3. "Historischen Frauen" sind in der Regel als exemplarische Beispiele oder als herausragende Ausnahmereischeinungen aufgenommen.

## **Ausgewählte Politikerinnen**

Die ausgewählten Politikerinnen wurden von uns angeschrieben und um Unterstützung bei der Erstellung ihrer Biographien gebeten. Die Fragen befassten sich mit dem persönlichen Werdegang, den wichtigsten Motiven für den Eintritt in die Partei und für die Übernahme von politischen Mandaten sowie die Schwerpunkte der politischen Arbeit und Ziele. Wir wollten aber auch wissen, was „Macht“ in der Politik für die jeweilige Politikerin bedeutet und wie sie zur Frauenpolitik steht.

Nicht alle angeschriebenen Politikerinnen haben sich zurückgemeldet.

**Wer sind die ausgewählten Politikerinnen?** Sie finden Sie auf dem „Walk of Fame( roter Teppich)und in den Vitrinen.

## **Was will diese Ausstellung und was ist aber das Besondere dieser Ausstellung?**

Ziel der Ausstellung ist es u.a., die vielfältigen Bemühungen um die praktische Gleichberechtigung der Geschlechter in der Politik des Landkreises Peine durch eine historisch-biografische Dimension zu unterstützen. Mit ihren Antworten auf Fragen nach Arbeitsschwerpunkten und Erfahrungen ihres kommunalpolitischen Engagements werden Frauen in der Politik sichtbarer und bieten vielleicht auch für junge Frauen ein Identifikationspotential an. Es zeigt sich nämlich in besonderer Vielfalt: „Engagement von Frauen in der Politik ist eine Herausforderung, macht aber auch Spaß“.

Insgesamt wird die Ausstellung „Gruppenbilder mit Dame“ eingebettet in die Wander-ausstellung „ ... um die Stimmen der

Frauen. Das Frauenbild der Parteien im Spiegel ihrer Wahlplakate 1919 – 2006“, die die historische Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Deutschland beleuchtet, ebenfalls erforscht von Dr. Karin Ehrich.

So haben wir in einer Ausstellung einmal das **passive Wahlrecht** präsentiert über die Biographien der Kommunalpolitikerinnen und ein anderes Mal das **aktive Wahlrecht** dargestellt über das Frauenbild in Wahlplakaten. Hier sind die Frauen als Wählerinnen angesprochen.

### **Zur Wahlplakateausstellung**

Seit der Erstpräsentation im Dezember 2004 im Nds. Landtag tourt diese Ausstellung durch Niedersachsen, hat inzwischen auch häufiger die Landesgrenze überschritten.

Und die Macherinnen, das sind in erster Linie die Frauen vom Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Niedersachsen e.V. Er wurde im Juli 1998 gegründet und ist inzwischen auch einer der Mitgliedsverbände im Landesfrauenrat Niedersachsen.

### **Frauenwahlrecht**

Es gilt euch zu retten, ihr Frauen, aus dem traurigen, dumpfen Einerlei ... eures vegetierenden Daseins ... Fordert das Stimmrecht, denn nur über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau!“ Mit diesen Sätzen forderte die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Hedwig Dohm um 1875 das Wahlrecht für Frauen in Deutschland ein. Diese für unsere Ohren recht pathetischen Worte machen m.E. den hohen Stellenwert sehr deutlich, den die Frauen dem Wahlrecht damals zumaßen. Nachdem sich Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49 politisch engagiert hatten, verbot ein Vereinsgesetz (1850) „Frauens-Personen, Schülern und Lehrlingen“ die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und Parteien. Die Männergesellschaft des 19. Jahrhunderts sprach den Frauen schlichtweg ihre politische Urteilsfähigkeit ab. So erklärte der Historiker Heinrich von Treitschke 1896:

„Obrigkeit ist männlich; das ist ein Satz, der sich eigentlich von selbst versteht. ... Im Staate gilt es verstandesgemäß und ohne Ansehen der Person zu handeln. Beides vermag nur der Mann. Es würde das zweite einer Frau kaum jemals möglich sein, da sie vermöge ihrer größeren Gemütsstärke unwillkürlich sofort Partei ergreift.“

Am Anfang des 20. Jahrhunderts ließen sich viele Frauen nicht mehr so eindeutig und ausschließlich auf ihr Gefühl und ihre Emotionen reduzieren. 1902 gründeten die aus Verden/Aller gebürtige Anita Augspurg und weitere bürgerliche Frauen den „Deutschen Verband für das Frauenstimmrecht“ in Hamburg. Anita Augspurg und ihren Mitstreiterinnen galt das passive und aktive Wahlrecht als Voraussetzung für eine grundsätzliche Änderung der Lage der Frauen: Erst als Parlamentarierinnen hätten diese die Macht, diskriminierende Gesetze abzuschaffen. In Zeitschriften, Vorträgen und Schulungen warben sie in der Öffentlichkeit und holten Referentinnen aus Finnland, dem ersten Staat in Europa, in dem Frauen seit 1906 wählen durften. In Deutschland konnten die Frauen 1908 einen ersten Erfolg erzielen. Das Vereinsgesetz wurde reformiert und die Frauen durften in politische Vereine und Parteien eintreten. Das aktive und passive Wahlrecht blieb ihnen aber weiter verwehrt.

Nach der Jahrhundertwende hatte auch die sozialistische Frauenbewegung ihren Kampf für das politische Mandat von Frauen entfaltet. Seit 1911 forderte sie unter dem Motto „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ das Stimmrecht auf Massenkundgebungen und Internationalen Frauentagen ein. Sie wurde unterstützt von der SPD, die 1891 das Stimmrecht für Frauen in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte, im Reichstag aber bisher mit ihren Anträgen am Widerstand der anderen Fraktionen gescheitert war. So bspw. auch noch im März 1917. Es hieß damals, „die Frau gehöre nicht in die Öffentlichkeit“. Und man prophezeite auch, dass das Frauenwahlrecht in der Familie „die merkwürdigsten und bedauerlichsten Folgen“ haben würde.

Die eigentliche Geburtsstunde des Frauenwahlrechts war dann bekanntlich die Novemberrevolution von 1918. Am 12. November 1918 schuf die aus Sozialdemokraten bestehende provisorische Regierung mit dem „gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht ... für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen“ die gesetzliche Grundlage für die parlamentarische Vertretung von Frauen. Damit war ein wesentliches Ziel der deutschen Frauenbewegung erreicht.

In der gebotenen Kürze, meine Damen, habe ich Ihnen die Vorgeschichte zur Ausstellung „... um die Stimmen der Frauen“

skizziert. Es ist besonders wichtig, dass der Kampf der Frauen um ihre parlamentarisch-politische Partizipation nicht unterschlagen wird. Denn das geschah und geschieht noch immer häufig genug.

### **Die Frauen als Wählerinnen -Wahlplakate**

Die Wahl für die Verfassunggebende Nationalversammlung am 19. Januar 1919 machte die Frauen zu der am heftigsten umworbenen Zielgruppe der Wahlpropaganda. Es galt, ein gewaltiges Stimmenpotential von rund 18 Millionen Wählerinnen für sich zu gewinnen.

Aber nicht nur diese Situation war neu. Neu war auch die Form der Wahlwerbung. Erstmals durften die Parteien über das Medium „Wahlplakat“ ihre Botschaften verbreiten. Nach der Veröffentlichung der ersten politischen Plakate in der bürgerlichen Revolution von 1848/49 hatte in Preußen ein rigoroses Plakatierungsgesetz bestanden, das politische Plakate bestenfalls als Terminankündigungen zu Versammlungen oder Wahlen zuließ. Die Novemberrevolution von 1918 hatte auch dieses Zensurgesetz beseitigt. In der Weimarer Republik wurde das Plakat zu einem allgegenwärtigen und unentrinnbaren Medium politischer Werbung.

Plakate sind seitdem bei Wahlen auch trotz Fernsehen und Internet m. E. die immer noch am meisten beachteten Werbeträger. Gleichwohl: Wahlen werden nicht durch die Plakate entschieden, aber mit ihnen verfolgen die Parteien natürlich das Ziel, den Betrachter und die Betrachterin – sozusagen im Unterbewusstsein – zu überzeugen und in seinem bzw. ihrem Handeln zu beeinflussen.

### **Was geben die Plakate also dazu preis? Welche politischen Einstellungen, welche Haltungen gegenüber Frauen, welche Weiblichkeitsbilder? Einige Beispiele:**

„Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“, heißt es etwa 1919 auf einem Plakat der Sozialdemokraten. Es ist ein optimistisches Plakat, auf dem die politisch emanzipierte Genossin die rote Fahne schwenkt. Doch der Slogan „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ ermahnt auch Frauen, ihre Wahlpflicht tatsächlich zu erfüllen.

„Frauen, wacht auf!“, fordert gar die Deutsch-Nationale Volkspartei, die Partei der bürgerlichen Rechten, auf einem

ihrer Plakate. Sie hatte sich bis zuletzt gegen das Frauenwahlrecht gestemmt. Nun unterschlägt sie schlichtweg die Tatsache, dass es aufgeweckte Frauen waren, die um dieses Recht gekämpft hatten.

*82% der deutschen Frauen gaben bei der ersten demokratischen Wahl 1919 ihre Stimmen ab; bei knapp 10% lag der Frauenanteil in der Nationalversammlung. Das waren übrigens Spitzenwerte, die lange Zeit nicht mehr erreicht wurden.*

Das Bild einer glücklichen Mutter mit ihrem Kind – diese Inszenierung werden Sie am häufigsten auf den Wahlplakaten finden. Sie bildet den Hintergrund für die Botschaften der Parteien. „Sorgt für unsere Zukunft“, bittet eine Mutter 1928 die christlich-katholische Zentrumspartei, die mehrheitlich von katholischen Frauen gewählt wurde.

„Wir halten fest am Wort Gottes!“, heißt es 1928 auf einem Wahlplakat der rechts-konservativen Deutsch-Nationalen Volkspartei. Es zeigt zwei offensichtlich aus bäuerlichen Kreisen stammende Frauen, Großmutter und Enkelin, bei der Bibellektüre. Von der religiösen Ausstrahlungskraft des Plakats wird die politische Aussage abgeleitet: Wählt DNVP, denn diese Partei hält an ehemals gültigen Tugenden wie Frömmigkeit, Häuslichkeit, Familiensinn, Traditionsbewusstsein, Heimatverbundenheit und echtem Deutschtum fest. Das kam an. Mehr Frauen als Männer wählten in den protestantischen Landesteilen die DNVP.

Beide Plakate – das der DNVP wie das der Zentrumspartei – suggerieren zudem, dass Frauen an speziellen politischen Aussagen nicht sonderlich interessiert seien, dass sie ihre Wahlentscheidung nicht von der Tagespolitik abhängig machen, dass ihre Parteienwahl vielmehr in ihrer Grundeinstellung zu gesellschaftlichen Institutionen und Rollen wurzelt. Und diese Grundeinstellung der Frauen zur Gesellschaft und zum Staat wurde in den zwanziger Jahren bis in die 1960er-Jahre hinein sehr stark durch ihre christlichen und religiösen Bindungen bestimmt.

*Die Frauen wählten mehrheitlich konservativ, weil die Parteien sie mittels des Appells an ihre christlichen Grundhaltungen erreichten.*

Daneben sprechen die Plakate nur einen kleinen Ausschnitt der

politischen Themenpalette an: **Familienpolitik, Bildungs- und Schulpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik.**

„Frauen! sorgt für Wohnung, Wohlstand, Wissen“, appellierte die linksliberale Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik an die Frauen. Das ist für damalige Verhältnisse eine sehr fortschrittliche Werbestrategie, denn die Partei fordert damit die Frauen zu aktiver Mitarbeit in Staat und Gesellschaft auf. Es ist aber insgesamt gesehen ein Ausnahmeplakat. Denn auf den meisten Plakaten bieten die Parteien den Wählerinnen eine Art „all-inklusive“-Angebot. Besonders deutlich wird das auf Plakaten aus den 1950er/1960-Jahren, als die Hausfrauenehe und die glückliche Familie mit zwei oder drei Kindern als das Frauenideal schlechthin galt. „Ein Glück, das wir die haben“, freut sich z.B. die Mutter mit ihrem Sohn auf dem Arm 1957 für die FDP. „Unsere Sicherheit“ ist ein Plakat der CDU aus dem Jahr 1965 betitelt und es zeigt eine Frau mit Kind und gefülltem Einkaufswagen an der „klingenden Kasse“ stehend.

In der gezielten Ansprache der Plakate in Wort und Bild spiegelt sich also bis in die 1960er-Jahre hinein das traditionelle Rollenbild von Frauen als Hausfrauen und Mütter wider. *[Massenwerbung kann nun, wenn sie erfolgreich sein will, nicht wesentlich von solchen Klischees abweichen. Sie trägt aber dadurch ihrerseits zur Verfestigung solcher Klischees bei].*

Doch seit den 1970er-Jahren werden diese Weiblichkeitsklischees nicht mehr so starr befolgt, sondern zunehmend durchbrochen.

*Und in den 70er-Jahren gaben die Frauen auch das so genannte „Weimarer Muster“, die eindeutige Bevorzugung der konservativen Parteien bei den Bundestagswahlen, mehr und mehr auf: Der Frauenüberschuss bei den Stimmen für die CDU/CSU schmolz dahin, und ebenso schmolz das Frauendefizit bei den Stimmen für die SPD.*

*Erklärt wird dieses veränderte Wahlverhalten eben mit dem Aufbrechen des traditionellen Rollenbildes. Mehr Frauen als bisher wurden erwerbstätig, machten das Abitur, studierten, interessierten sich für Politik. Diese Veränderungen im Rollenbild der Frauen zeigten sich naturgemäß bei den jüngeren Frauen am stärksten – Stichwort: neue Frauenbewegung. Und entsprechend begannen die Parteien nun, bei den Wahlen gezielt um bestimmte*



*Wählerinnengruppen zu werben.*

„Komm aus Deiner linken Ecke“, lockte die CDU 1976 und meinte die jungen Wählerinnen, die bisher ihre Stimme der gegnerischen Partei gegeben hatten und auch weiterhin gaben.

Wahlplakate mit einer spezifischen frauenpolitischen Ausrichtung gibt es, abgesehen von den Wahlplakaten der SPD, auf denen sie sich als Partei darstellt, die den Frauen die politische Gleichberechtigung gebracht hat, erst seit rund 30 Jahren. Bei der Bundestagswahl 1980 thematisierten die Grünen Aspekte wie Gewalt gegen Frauen und schlechtere Bedingungen von Frauen in Ausbildung und Beruf. Bei der Bundestagswahl 2002 forderten sie selbstbewusst und offensiv in ironischer Verdrehung der gesellschaftlichen Situation die „Hälfte der Macht den Männern“.

„Die Hälfte der Macht den Männern?“ Nun, soweit sind wir noch längst nicht. Aber in den letzten rd. 30 Jahren hat eine immense Aufholjagd der Frauen stattgefunden.

*1983 lag der Frauenanteil im Bundestag beim Wert der Nationalversammlung von 1919, bei knapp 10%. Heute halten Frauen mit rd. 32% jedes dritte Bundestagsmandat.*

*Und auch hinsichtlich der Stimmenabgabe hat sich einiges geändert. Hier spricht man inzwischen von einer „Revolution der Frauen“. Denn heute wählen fast die Hälfte der wahlberechtigten Frauen (2009: rd. 45 Prozent) nicht mehr das konservative Lager, sondern die SPD, die Grünen und die Linke. Mehr Frauen als Männer wählten 2009 die SPD, mehr Frauen als Männer die Grünen. Aber: auch mehr Frauen als Männer wählten die CDU und die CSU. Weniger Frauen als Männer entschieden sich dagegen für die FDP und die Linke.*

*Hinsichtlich der generellen Wahlbeteiligung üben inzwischen Frauen und Männer ihr Stimmrecht in gleichen Maßen aus. In der Weimarer Republik gingen deutlich weniger Frauen als Männer zur Wahlurne. Inzwischen liegt die Abweichung über alle weiblichen Altersgruppen hinweg unter einem Prozentpunkt. Wird jedoch die Wahlbeteiligung der verschiedenen Altersgruppen einzeln betrachtet, dann ist die geringe Wahlbeteiligung jüngerer Menschen und besonders der jüngeren Frauen ein Grund zu ernster Sorge. Bei der letzten Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung insgesamt bei 71 Prozent, die der 21-25-jährigen Frauen jedoch nur bei rd. 59*

*Prozent, und damit noch rd. 12 Prozentpunkte darunter.*

*Die Wahlbeteiligung der jungen Frauen, meine Damen und Herren, ist ein wichtiger Grund für die Präsentation der Ausstellung. Aber er gibt natürlich noch weitere Gründe. Mit der Präsentation von historischen und aktuellen Wahlplakaten wollen wir den Frauen und Männern von heute das Bewusstsein für diesen historischen Entwicklungsprozess, den die Frauen durchlaufen haben, sowie für Kontinuität und Wandel von Frauenbildern und gesellschaftlichen Rollen verdeutlichen. Mit einigen Wahlplakaten aus der ehemaligen DDR, die in die Ausstellung eingefügt wurden, wollen wir auch auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Frauenbildern in den verschiedenen Gesellschaftsformen aufmerksam machen. Darüber hinaus will die Ausstellung den Wählerinnen ihre große Bedeutung, ja, ihre Macht vor Augen führen, die sie als Mehrheit der Bevölkerung eigentlich bei den Wahlen ausüben könnten.*

### ***Ausgewählte Politikerinnen im Landkreis Peine, gestern und heute***

#### **Frida Mätz**

*\*1902 in Peine, †1975 in Lehrte*

*„ ... ungeheure Vitalität und richtungsweisende Initiative in der freien Wohlfahrtspflege“*

Foto: Peiner Rat, 1961

BU: Als die Ratsfrau noch „Ratsherrin“ war. Frida Mätz mit 23 Ratsherren des Peiner Rats, 1961

Frida Mätz prägte als „Sozialdemokratin der ersten Stunde“ die Kommunalpolitik in der Stadt und im Landkreis. Dem Peiner Rat gehörte sie ab 1947 ohne Unterbrechung mehr als 20 Jahre an, dem Peiner Kreistag mehr als zehn Jahre. Auf Landesebene saß sie als erste Frau aus Peine im Niedersächsischen Landtag. Ihre Popularität war so groß, dass sie bei der Wahl 1947 ein Direktmandat errang.

Die Politikerin wirkte in der Tradition sozialdemokratischer Frauenarbeit vor allem im sozialen Bereich. In der Nachkriegszeit setzte sie sich für die Integration der vielen Tausend Flüchtlinge und Vertriebenen ein. Für drängende Probleme der Zeit wie den Auf- und Ausbau des Gesundheits- und Schulwesens sowie die große Wohnungsnot suchte sie im Peiner Rat im Schul-, Krankenhaus-, Grün-, Sozial- und Jugendwohlfahrtsausschuss nach Lösungen. Frida Mätz zeichnete sich darüber hinaus besonders durch ihr

herausragenden Engagement in der freien Wohlfahrtspflege aus. Sofort nach dem 2. Weltkrieg gründete sie die Peiner „Arbeiterwohlfahrt“ (AWO) mit und war viele Jahre Vorsitzende des Orts- und Kreisausschusses. Maßgebliche Impulse brachte sie beim Ausbau des Kindergartenwesens ein. Den Auf- und Ausbau des AWO-Kindergartens in Telgte trieb sie über mehr als 20 Jahre voran. Die Sozialdemokratin zählte wie viele Politikerinnen der Nachkriegszeit zu den Frauen, die ihre politischen Wurzeln in der Weimarer Republik hatten. 1920 war die 18-jährige Büroangestellte in die Partei eingetreten. Dort leitete sie die „Kinderfreunde“-Gruppe und arbeitete in der Arbeiterwohlfahrt mit. In den letzten Jahren der Republik sammelte sie – noch unter ihrem Mädchennamen Frida Schwenk – erste kommunalpolitische Erfahrungen im Peiner Kreistag. Nach ihrer Heirat 1932 wanderte sie nach Luxemburg aus, zog später nach Hannover, wurde dort 1943 ausgebombt und kehrte zurück nach Peine. Mit ihrem langjährigen politischen Engagement trat Frida Mätz in die Fußstapfen ihres Vaters, der zwischen 1919 und 1933 als Bürgervorsteher und Senator in der Stadt gewirkt hatte. SPD-Eintritt 1920 • Peiner Kreistag 1930 – 1932 • Ernannter Peiner Kreistag 1946 • Niedersächsischer Landtag 1947 – 1951 • Rat der Stadt Peine 1947 – 1969, Vorsitzende des Sozialausschusses • Peiner Kreistag 1948 – 1961 • Ehrungen: Nds. Verdienstkreuz 1. Klasse 1966, Ehrenring der Stadt Peine 1971

**Exponate:**

**Herausragende Anerkennung für eine Frau der „ersten Stunde“:  
Ehrenring der Stadt Peine und Niedersächsisches Verdienstkreuz.  
Letzteres schätzen manche Menschen mehr als das  
Bundesverdienstkreuz.**

## **Hertha Peters**

1905 in Peine -1987

*„Die Frau kann im kommunalen Leben stehen!“*

Foto: Landrätin Hertha Peters mit Peines Bürgermeister Gerhard Heinze und einem weiteren Mann, 1972

Hertha Peters lebte vor, was sie vertrat. Sie stand als erste Landrätin in Niedersachsen und zeitweise einzige amtierende Landrätin in der Bundesrepublik an der Spitze des Peiner Kreistages. Die Sozialdemokratin bereitete damit den Weg für Frauen in politische

Führungspositionen vor. Deutliche Worte fand sie für eine stärkere Präsenz von Frauen in der Kommunalpolitik. Frauen sollten ihre traditionelle Rolle als „Heimchen am Herd“ abstreifen und mit Mut und ohne falsche Bescheidenheit die Rathäuser und Parlamente erobern. Die Wahl von Frauen wegen ihres „Frauseins“ lehnte sie entschieden ab. Stattdessen verlangte sie aussichtsreiche Plätze für Frauen auf den Wahllisten.

Als Landrätin gestaltete Hertha Peters viele wichtige politische Entscheidungen für Projekte mit, die noch heute zur Attraktivität des Landkreises beitragen. Sie selbst betrachtete als ihre herausragende politische Leistung den Bau des Kreiskrankenhauses, des heutigen Klinikums Peine. In ihrer Amtszeit entstanden auch die Schulzentren in Groß Ilsede, Edemissen und Hohenhameln, viele Kindergärten sowie das Behindertenheim Berghöpen.

Bei der 1965 einsetzenden Verwaltungs- und Gebietsreform wollte „Frau Landrat“ – wie die damalige Sprachregelung lautete – die Eigenständigkeit und die Selbstverwaltung des Kreises gegen zu große staatliche Einflussnahme stärken. Ihr Fingerspitzengefühl und ihre Durchsetzungskraft waren gefragt bei der Zusammenlegung von Gemeinden und kommunalen Verwaltungsorganen.

Das politische Interesse der Kommunalpolitikerin war in ihrem Elternhaus geweckt worden. Ihr Bruder August Karsten war in der Weimarer Republik Bürgervorsteher in der Stadt, Mitglied des Kreistages und Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Sie selbst trat 1923 in die SPD ein. 1933 wurde sie erstmals in den Peiner Kreistag gewählt, konnte ihr Mandat aber nicht annehmen, da die Nationalsozialisten das Kommunalparlament auflösten. Nach dem 2. Weltkrieg bildeten ihre Tätigkeiten als Stadtangestellte und Gewerkschafterin weitere starke Fundamente ihrer politischen Arbeit. 1975 stiftete sie den „Hertha-Peters-Preis“, der alljährlich der besten Absolventin bzw. dem besten Absolventen der Krankenpflegeschule des Klinikums verliehen wird.

SPD-Eintritt 1923 • Peiner Kreistag 1933, 1948 – 1952, 1960 – 1976 • Vorsitzende, SPD-Kreistagsfraktion 1961 – 1964 • Landrätin Landkreis Peine 1964 – 1972 • Ehrungen: Bundesverdienstkreuz 1977, Hertha-Peters-Brücke 1988, frauenORT *Niedersachsen* 2012

**Exponate:**

• **Nicht mit dem Degen, sondern mit dem Florett verteilte Hertha Peters rhetorische Spitzen.**

- Die **Ehrengabe** der Stadt Peine erhielt sie 1979 für Verdienste der Arbeitnehmerschaft.
- Mit dem **Bundesverdienstkreuz** wurde sie 1977 ausgezeichnet.

## **Hildegard Sommerfeld**

\*1918 in Braunschweig – †2000

„*Sie war ihrer Zeit stets ein Stück weit voraus*“ (PAZ 2000)

Foto: H.S. beim Schützenfestumzug in Essinghausen, 1961 (H.S. ist große Frau in der Mitte, linke Seite mit Frauen wegschneiden)

BU: Immer im Dorf unterwegs. Hildegard Sommerfeld und der spätere Bürgermeister Heinrich Hornbostel beim Essinghäuser Schützenumzug,

Hildegard Sommerfeld galt vielen Menschen in Essinghausen als die „Seele des Ortes“. Mit ihren vielfältigen Aktivitäten prägte sie fast vier Jahrzehnte lang das dörfliche Gemeinschaftsleben. Anders als die meisten Frauen ihrer Generation lebte die „Kriegerwitwe“ und Mutter zudem das Lebensmodell einer alleinerziehenden und berufstätigen Frau, die auch Führungspositionen beherzt ausfüllte.

1944 war die ausgebombte und hochschwängere Braunschweigerin nach Essinghausen gekommen. Hier übernahm sie als Gemeindedirektorin (1947 – 1950) die schwierig Aufgabe, die vielen Flüchtlinge im Dorf unterzubringen. Parallel dazu baute die junge Mutter mit kaufmännischer Ausbildung ab 1948 als Leiterin die Spar- und Darlehenskasse Essinghausen aus kleinen Anfängen zu einem florierenden Geschäft auf. In den 50er Jahren ließ sie ein modernes Bankbüro sowie ein Lagerhaus für den Warenverkehr errichten. In den 60er Jahren folgte der Bau eines Getreidesilos. Nachdem sie die Fusion mit der Volksbank initiiert hatte, leitete sie ab 1969 deren Essinghäuser Geschäftsstelle sehr erfolgreich bis 1980 weiter. Im Raiffeisenband Hannover gehörte sie damit zu den sehr wenigen Frauen, die in der Männerdomäne „Banken mit Warenverkehr“ als Geschäftsführerinnen „ihre Frau“ standen.

Ihre politische Heimat fand Hildegard Sommerfeld bei der CDU. Sie gründete den CDU-Ortsverband Essinghausen mit und war in dessen Vorstand aktiv. Für die Partei saß sie ab 1964 für zwei Wahlperioden im Essinghäuser Gemeinderat. Ihre beruflichen Kenntnisse

qualifizierten sie hervorragend für die Mitarbeit im Finanzausschuss. Bei der Verwaltungs- und Gebietsreform wirkte sie maßgeblich an der Eingliederung Essinghausens in die Stadt Peine mit.

Daneben engagierte sich die Christdemokratin ab 1960 im örtlichen Kirchenvorstand. Dank ihrer Bemühungen konnte das Dietrich-Bonhoeffer-Gemeindehaus in Essinghausen gebaut werden. 38 Jahre erledigte sie auch die Buchführung für die Kirchengemeinde und den späteren Pfarrverband Duttonstedt-Essinghausen-Meerdorf. Hildegard Sommerfeld war zudem in der Chorgemeinschaft Essinghausen, in der Kyffhäuser Kameradschaft Essinghausen sowie zwei Jahrzehnte lang im Seniorenkreis Essinghausen aktiv.

Gemeindedirektorin Essinghausen 1947 – 1950 • Gemeinderat Essinghausen 1964 – 1972 • Ehrung: Zinnwappen der Stadt Peine 2000

**Exponate:**

• Foto: Vor „Ultimo“ wurde die Leiterin der Spar- und Darlehenskasse vom Lehrer unterstützt.

• Foto: Hildegard Sommerfeld, Weihnachten 1953 (Foto: Walter, Peine).

Auf die Rückseite ihres Porträts schrieb sie: „Es ist ein wundersam Ding um der Menschen Seele, und des Menschen Herz kann oft am glücklichsten sein, wenn es sich recht sehnt.“

## **Liesel Herbig**

\*1932 in Peine, †2007 in

*„Unser ganzes Leben ist Politik, und jeder sollte Verantwortung übernehmen“*

Foto: Aufsichtsrat der Stadtwerke Peine

BU: Vorreiterin für die Gleichstellung in der Wirtschaft: Liesel Herbig, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Peine, um 1990/91

Liesel Herbig war nahezu 30 Jahre lang das „weibliche Gesicht“ des Peiner Rates. Sie prägte wie keine zweite die Entwicklung der Frauenpolitik in der Stadt. Ihren politischen Werdegang begann sie nach der Familienphase Ende der 60er Jahre. 1974 gründete sie die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) im Ortsverband Peine und 1975 im Unterbezirk Peine mit, um dort Frauen das „Rüstzeug“ für die Mitarbeit in der Gesamtpartei zu

vermitteln. 20 Jahre agierte Liesel Herbig im Ortsverein, 13 Jahre im Unterbezirk der ASF als Vorsitzende. 1979 trieb sie im Gründungsausschuss die Planung und Einrichtung des autonomen Peiner Frauenhauses voran.

Im Peiner Rat wirkte Liesel Herbig zunächst im Schul- und Kulturausschuss sowie 20 Jahre im Sportbeirat und zehn Jahre im Verwaltungsausschuss. Bereits in den 70er Jahren bereitete sie aber auch den Boden für Frauen in Aufsichtsräten vor. Sie erhielt Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Dampfziegelei Vöhrum und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft „Peiner Heimstätte“. Ab 1981 war sie 20 Jahre Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Peine, davon zehn Jahre stellvertretende Vorsitzende.

In den 90er Jahren wandte sich die Sozialdemokratin verstärkt der Seniorenarbeit zu. Sie gründete in der SPD die AG „SPD 60plus“ mit. Im Seniorenbeirat der Stadt Peine sowie als Vertreterin der Stadt im Seniorenbeirat des Landkreises entwickelte sie bis zu ihrem Tod Ideen und politische Maßnahmen für das altersgerechte Leben.

Politische Verantwortung zu übernehmen, hatten die Eltern Liesel Herbig vorgelebt. Ihr Vater Willi Helmsen war langjähriger Betriebsratsvorsitzender bei den Stadtwerken Peine und von 1961 bis 1986 Kreistagsabgeordneter. Ihre Mutter Marie engagierte sich in der sozialdemokratischen Frauenarbeit und kandidierte in den 50er Jahren für die Gemeinderatswahl. Die Tochter ließ sich 1953 als 21-Jährige ihr SPD-Parteibuch aushändigen. Zur Erwerbstätigkeit bei der Stadtverwaltung Peine und der Ilseder Hütte gehörte für die gelernte Stenotypistin das gewerkschaftliche Engagement in der ÖTV und IG Metall. Zuletzt leitete Liesel Herbig 15 Jahre bis 1992 die Peiner Geschäftsstelle der Gewerkschaft ÖTV/Ver.di.

SPD-Eintritt 1953 • Peiner Rat 1972 – 2001, Verwaltungsausschuss 1991 - 2001 • Vorsitzende ASF, SPD-Ortverein Peine 1974 – 1994 • Vorsitzende ASF, SPD-Unterbezirk Peine 1981 – 1994 • Vorstand SPD-Ortsverein Peine ab 1969 • 2. Vorsitzende SPD-Ortsverein Peine ab 1975, ab 1993 Beisitzerin • Vorstand SPD-Unterbe

**Exponate:**

- „Dieses Buch hat mich mein Leben lang begleitet“, schrieb Liesel Herbig auf die erste Seite des „**Wilhelm-Busch-Albums**“.
- 1974 bekundeten Peiner Sozialdemokratinnen mit ihrer Unterschrift ihren Willen zur Gründung der „**Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen**“ im SPD-Ortsverband Peine.

• **Mit der Broschüre „SPD die besseren Ideen – die größere Tatkraft. Politik für die Menschen“ bestritten die Peiner Sozialdemokraten 1972 den Kommunalwahlkampf.**

### **Ulrike Block-von Schwartz**

\*1938 in Braunschweig

*„Als Einzelne wirkt die Frau wie eine Blume im Parlament, aber in der Masse wie Unkraut“*

(Dr. M. Horlacher, Landtagspräsident Bayerns 1946 – 1950)

Foto: PAZ v. 15.5.1974

BU: Dame mit politischen „Schwergewichten“ (alternativ: mit aufstrebenden Herren). Ulrike Block-von Schwartz mit Hartmut Marotz, dem späteren Bürgermeister von Vechelde, und dem langjährigen Landtagsabgeordneten Werner Kirschner

Ulrike Block-von Schwartz kämpft seit den 1960er Jahren gegen die Anmaßungen von Politikern, die sich nur mit einzelnen Frauen in den Parlamenten schmücken wollen. Schon 1974 forderte sie einen weiblichen Anteil von fünfzig Prozent in den politischen Gremien, um den Frauen Einfluss und Entscheidungsmöglichkeiten zu sichern. Die Pfarrersfrau, die auch aus einer protestantischen Pfarrersfamilie stammt, brach gleichfalls mit einer alten Tradition bei der Partei ihrer Wahl. Anders als für viele Menschen im kirchlichen Umfeld, die eher den christlichen Parteien zuneigten, kam für Ulrike Block 1967 nur die SPD in Frage. Diese wollte „mehr Demokratie wagen“ mit sozialer Gerechtigkeit, stärkerer Bildungsteilnahme sowie einem modernen Frauenbild.

Für die junge Mutter stand zunächst die Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten im Zentrum ihres Wirkens. Im Braunschweiger Kreistag, im Peiner Interimskreistag und im Vechelder Gemeinderat arbeitete Ulrike Block-von Schwartz in den „typischen Frauenausschüssen“ Jugend, Soziales und Schule mit. In ihrer ersten Kreistagsrede beantragte sie eine 30-prozentige Erhöhung des Zuschusses für den Bau von Kindergärten parallel zu Feuerwehrgerätehäusern und Friedhofskapellen. Die Einrichtung mehrerer Kindergärten, u.a. desjenigen in Wierthe, sowie die Verbesserung des Schulangebots durch den Bau des Schulzentrums in Vechelde sind auch ihrem Engagement zu verdanken.

Als Kommunalpolitikerin, als Vorsitzende des Landesfrauenrats



Niedersachsen sowie hauptberuflich als Frauenbeauftragte der Ev. Luth. Landeskirche (1992 – 2000) stieß Ulrike Block-von Schwartz zudem stets aufs Neue den langen und schwierigen Prozess der Bewusstseinsbildung für eine neue Frauenrolle an. Frauen müssen ihrer Meinung „Mut zur Macht“ haben wollen, um die Verhältnisse zu Gunsten von Frauen, Kindern und den Schwachen in der Gesellschaft zu verändern.

SPD-Eintritt 1967 • Kreistag Braunschweig-Land 1968 – 1974 • Interimskreistag Peine März-Juni 1974 • Gemeinderat Vechelde 1974 – 1975, 2. stellv. Bürgermeisterin 1974 – 1975 • Vorsitzende ASF, Bezirk Braunschweig 1975 – 1985 • stellv. Vorsitzende SPD-Bezirk Braunschweig 1985 – 2001 • stellv. Vorsitzende Zweckverband Großraum Braunschweig 1991 – 1996, Vorsitzende 1996 – 2001 • Vorsitzende Landesfrauenrat Niedersachsen 1990 – 1996 • Ehrung: Nds. Verdienstkreuz am Bande 2002

**Exponat:**

„Blumen“, **Installation von Anne Glaebner**. Die 1945 geborene Künstlerin lebt in Cremlingen.

Ulrike Block-von Schwartz gab diese Installation in Erinnerung und Reaktion an den Ausspruch des bayrischen Landtagspräsidenten und das 1971 erschienene Buch „**Unkraut ins Parlament**“ von Hannelore Mabry eigens für diese Ausstellung in Auftrag.

**Jutta von Schwartz**

\*1942

*„Für die Menschen präsent sein, ihnen zuhören und sich gegebenenfalls für sie einsetzen“*

Foto: Jutta von Schwartz (3.v.l., 1. Reihe) in der Delegation des Peiner Kreistages zu Besuch in der Partnerstadt Nanchang, /China 2011

Jutta von Schwartz ist eine „Institution“ in Abbensen. Seit 1967 lebt die gelernte Fremdsprachenkorrespondentin und Übersetzerin mit ihrer Familie auf dem Rittergut im Dorf. Dort engagiert sie sich als „Kümmerin“ im besten Sinn der christlichen Soziallehre für die Menschen in ihrem Umfeld.

Kirchliches, soziales und politisches Wirken gehen bei ihr Hand in Hand. Sie ist seit 1970 im Kirchenvorstand aktiv und war 38 Jahre lang bis 2008 Vorsitzende des DRK-Ortsverbandes Abbensen-Oelerse. Als Schöffin und Beisitzerin an verschiedenen Gerichten brachte sie

ihre Menschenkenntnis und Lebenserfahrung ein. Seit 2004 ist sie ehrenamtliche Richterin am Verwaltungsgericht Braunschweig. Ihren Einsatz in der Kommunalpolitik startete die 32-jährige Mutter von zwei Kleinkindern 1974 in der CDU und im Ortsrat von Abbensen. Obwohl die Wählerschaft im Dorf sehr zersplittert war, erhielt Jutta von Schwartz zweimal, auch 1976, ihr Mandat durch die direkte Persönlichkeitswahl. 1991 weitete die Christdemokratin ihr Wirken auf den Gemeinderat Edemissen und 2001 auf den Peiner Kreistag aus. Durch ihre Mitarbeit im Kirchenvorstand und beim Deutschen Roten Kreuz bildeten die Sozial- und Schulpolitik zunächst ihre Schwerpunkte. Im Edemissener Gemeinderat und im Peiner Kreistag konnte sie im einflussreichen Verwaltungs- bzw. im Kreisausschuss die Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse mitbestimmen.

Jutta von Schwartz war, wie viele Frauen ihrer Generation, oft die erste und viele Jahre auch die einzige Frau in verschiedenen Ämtern, in denen sie sich manches Mal vehement einsetzen oder auch wehren musste. Immer wieder galt es für sie, männliche Sichtweisen aufzubrechen und als Frau neue Gesichtspunkte einzubringen. In der politischen Debatte verfolgte sie einen typisch weiblichen Politikstil. Ihr ging es stets um die zu entscheidende Sache, egal, ob der Vorschlag aus der eigenen Partei oder aus einer anderen stammte. Mit dieser Einstellung hatte sie es allerdings nicht immer einfach. Gleichwohl machte es ihr grundsätzlich Freude, ihre Meinung zu äußern und zu vertreten, so dass die politische Arbeit für sie auch mit einer gewissen inneren Zufriedenheit verbunden war.

CDU-Eintritt 1974 • Ortsrat Abbensen 1974 – 2001, stellv.

Ortsbürgermeisterin 1996 – 2001 • Gemeinderat Edemissen 1991 – 2011 • Kreistag Peine 2001 – 2011 • Ehrung: Verdienstkreuz am Bande des Nds. Verdienstordens 1983

**Exponate:**

**Eine Auswahl aus der reichen Ernte ihres kommunalpolitischen Engagements. Die Urkunde zur Verleihung des Nds.**

**Verdienstkreuzes trägt die Unterschrift des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht**

## **Eva Schlaugat**

\*1943 in Peine

*„Wer keinen Mut zu träumen hat, hat keine Kraft zu kämpfen“*

Foto: Foto aus Broschüre: PZ, SPD im Landkreis Peine, 2011

BU: Die „Glorreichen Sieben“ grüßen (alternativ: mit Frau). Eva Schlaugat im Gespräch mit Sigmar Gabriel, 2011

Eva Schlaugat ist seit langem die Frau mit Einfluss in der Peiner Kommunalpolitik und darüber hinaus. Sie gehört seit mehr als 25 Jahre dem Kreistag an, ist Mitglied im Vorstand der SPD-Fraktion und im Kreisausschuss sowie stellvertretende Landrätin.

Ihre politischen Anliegen – Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit – bringt die Sozialdemokratin speziell in der Frauen-, Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik ein. Maßgeblich war sie an der Einrichtung des Peiner Frauenhauses sowie an dessen finanzieller Unterstützung seitens des Kreistages beteiligt. Gleichfalls hat sie das „Netzwerk sozialer Einrichtungen“ mitgeschaffen, dem auch ihre beruflichen Erfahrungen als stellvertretende Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu Gute kamen.

Große persönliche Erfolge erzielte Eva Schlaugat im Jahr 1994. Bei der Bundestagswahl erreichte sie im Wahlkreis Peine/Gifhorn mit über 10.000 Stimmen den größten Stimmenzuwachs für die SPD in Niedersachsen. Sie verfehlte knapp ein Mandat, da ihre Kandidatur parteiintern von „höherer Stelle“ vom aussichtsreichen 17. auf den 18. Listenplatz verschoben wurde. Dennoch konnte sie 1998 als Nachrückerin und erste Frau aus dem Peiner Land ins höchste deutsche Parlament einziehen und dort ihr politisches Netzwerk erweitern.

Als erste Frau bestimmte Eva Schlaugat ebenfalls ab 1994 als Vorsitzende die sozialdemokratische Politik im SPD-Unterbezirk Peine. Sie eröffnete mit dem „Egon-Bahr-Haus“ die SPD-Zentrale in der Stadt und sorgte mit einer „Politik des Dialogs“ für neue Impulse in der Diskussionskultur der Partei. Sie lud Referenten für die Neujahrsgespräche ein und warb mit mehr Bürgerbeteiligung beim „Marktplatz der Ideen“. Vor der Kommunalwahl 2006 ließ sie das „rote Sofa“ als Symbol sozialdemokratischer Politik durch den Landkreis touren.

Auf Landesebene verfolgt Eva Schlaugat ihre politischen Ziele seit

1998 im Vorstand des SPD-Bezirks Braunschweig. Seit 2011 steht sie an der Spitze des Landesparteirats, der den Vorstand der SPD in Niedersachsen berät und die Willensbildung in der Partei fördern soll. Mit Blick auf den politischen Nachwuchs gilt sie als „Ziehmutter“ von Hubertus Heil, dem Peiner Bundestagsabgeordneten und Generalsekretär der SPD. 2010/2011 wirkte sie auch als Mentorin für die landesweite Initiative „Politik sucht Frauen“.

SPD-Eintritt 1965 • Peiner Kreistag seit 1986, Kreisausschuss seit 1991, stellvertretende Landrätin seit 2006 • SPD-Unterbezirk Peine 1994 – 2006, Vorsitzende • Deutscher Bundestag 1998 • SPD-Bezirksvorstand Braunschweig seit 1998, stellvertretende Vorsitzende • Landesparteirat der SPD, Vorsitzende seit 2011

**Exponat:**

- Mit dem kleinen **goldenen Frauenabzeichen** bekundet Eva Schlaugat ihre Verbundenheit mit der neuen, autonomen Frauenbewegung.
- Foto: Wahlkampf 1996 mit Hubertus Heil, Rosemarie Tinius und Gerhard Schröder.
- Die **Willy-Brandt-Medaille** vergibt die SPD seit 1996 als höchste Auszeichnung der Partei an ihre Mitglieder.
- Foto: Die Peiner Sozialdemokratin mit Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder.
- Foto: 1998 zog Eva (Folta-) Schlaugat als Nachrückerin in den Deutschen Bundestag ein.
- Der **Schal** hat sie viele Jahre bei ihrem kommunalpolitischen Engagement begleitet.
- Das „**rote Sofa**“ ließ Eva Schlaugat zur Kommunalwahl 2006 durch den Landkreis Peine touren.

## **Rosemarie Tinius**

\*1945 in Languest/Böhmen

*„Zukunft gestalten mit den Menschen und für die Menschen“*

Foto: R.Tinius mit Gabriel und Kirschner, o.J.

BU: Hochkarätiges Trio. Rosemarie Tinius mit Sigmar Gabriel und Werner Kirschner, o.J.

Rosemarie Tinius gehört seit der Schulzeit zu den Menschen, die die Gesellschaft in ihrem Umfeld zu verändern suchen, ob als Klassen- oder Schulsprecherin, in der kirchlichen Jugendarbeit oder als Mutter

dreier Kinder im Kindergarten und in der Schule. Als sie kommunalpolitisch aktiv wurde, „wollte sie etwas bewegen, verkrustete Strukturen aufbrechen und als Frau Politik in verbindlicher Form vermitteln“.

Im Peiner Kreistag leistete die Sozialdemokratin zwanzig Jahre viel Überzeugungsarbeit in der Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik. So setzte sie sich für den Auf- und Ausbau der 1988 gegründeten kreiseigenen Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (BBg) mit angeschlossenem Recyclingzentrum ein, um Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Jugendlichen wieder Chancen auf den 1.

Arbeitsmarkt zu eröffnen. Rosemarie Tinius ist Vorsitzende des Aufsichtsrats der BBg sowie der Peiner Entsorgungsgesellschaft (PEG), die 2001 das Entsorgungsgeschäft von der BBg übernahm und Altholz, Altpapier, Metallschrott, Kunststoffe und weitere Wertstoffe aufbereitet.

Neue Wege beschritt der Landkreis Peine auch mit Rosemarie Tinius als Vorsitzende des Werksausschusses Abfallwirtschaft. Bei der gesetzlich vorgeschriebenen umweltverträglichen Müllentsorgung gingen die Landkreise Peine, Gifhorn und Wolfenbüttel beispielgebend für die Niedersächsische Abfallwirtschaft einen Kooperationsvertrag zur gemeinsamen Restmüllverbrennung ein, um die die Abfallgebühren langfristig bezahlbar zu halten.

Im Niedersächsischen Landtag, für den Rosemarie Tinius als zweite Sozialdemokratin aus dem Peiner Land nach Frieda Mätz ein Mandat errang, übernahm sie als erste Frau den Vorsitz in der „Männerdomäne“ des Innenausschusses. Dort konnte sie auch Projekte im Landkreis Peine vorantreiben, wie etwa die Revitalisierung des Hüttengeländes in Groß Ilsede oder den Bau der Ortsumgehungen in Vechelde und Broistedt. Ihre Landtagskandidatur durchgesetzt hatte die Lahstedterin im Übrigen gegen Hans-Hermann Baas, der u.a. als Lengeder Bürgermeister und Vorsitzender des Kreistages zu den politischen „Schwergewichten“ zählte. Den Einzug in den Landtag schaffte sie 1994 und 1998 ohne Absicherung auf der Landesliste mit einem Direktmandat.

Speziell als persönlichen Erfolg sieht es Rosemarie Tinius, dass sie im Praktikumsangebot „Schüler begleiten Abgeordnete“ zwei junge Menschen für die Politik begeistern konnte. Beide sind heute gewählte Ratsmitglieder.

SPD-Eintritt 1981 • Kreistag Peine 1986 – 2006, Vorsitzende des

Werksausschusses Abfallwirtschaft • Führungsämter in der SPD •  
Niedersächsischer Landtag 1994 – 2008, Vorsitzende des  
Innenausschusses 1996 – 2003

Exponate:

Das **Gedicht** zum Wahlsieg erhielt Rosemarie Tinius zur  
Landtagswahl 1998 von „Werner“.

- Foto: Bei einer Rede im Nds. Landtag, o.J.
- Foto: Die Landtagsabgeordnete mit Sigmar Gabriel in Brüssel, 1995.
- Foto: Mit dem Nds. Innenminister Heiner Bartling (l.v.r.) und weiteren Herren beim THW, o.J.
- Den symbolträchtigen **Spaten** schenkten die Landfrauen Rosemarie Tinius zur Landtagswahl 1994.

### **Rosemarie Leunig**

\*1945 in Altenrode/Krs. Breslau

„*Gradlinig und aufrichtig sein und bleiben*“

Foto: Neujahrsempfang der Stadt Peine, 1997

BU: Politik am Bistrotisch. Rosemarie Leunig beim Neujahrsempfang  
der Stadt Peine, 1997

Rosemarie Leunig galt diese Maxime als Richtschnur ihres politischen Handelns. 25 Jahre gehörte die Sozialdemokratin dem Peiner Kreistag an. 20 Jahre beriet und entschied sie im Kreisausschuss mit über Maßnahmen und Projekte, die den Landkreis voran bringen sollten. Das Amt der Landrätin hatte sie als zweite Frau nach Hertha Peters und als letzte ehrenamtlich vor der hauptamtlichen Eingleisigkeit inne. Viele Jahre entwickelte sie im Vorstand des SPD-Unterbezirks sozialdemokratische Politik im Landkreis mit.

Die mit den Ämtern verbundene „Macht“ versteht die Kommunalpolitikerin als Gradmesser dafür, „oben“ angekommen zu sein, viel erreicht zu haben und viel bewegen zu können. „Man ist an Entscheidungen unmittelbar beteiligt, fasst Beschlüsse, formt und lenkt die Gegenwart, plant die Zukunft“, sagt sie über die idealen Zutaten der Macht. Vor Machtmissbrauch schütze Selbstkontrolle.

Rosemarie Leunig bewog soziale Ungerechtigkeit und mangelnde Chancengleichheit in den frauenpolitisch bewegten Zeiten Mitte der 70er Jahre zum Eintritt in die SPD. Im Kreistag widmete sie sich vornehmlich den „harten“ Politikfeldern Finanzen und Wirtschaft

sowie dem Arbeitsmarkt und dem Sport. Von Vorteil erwiesen sich ihre handfesten beruflichen Kenntnisse, denn die gelernte Industriekauffrau verantwortete den kaufmännischen Bereich im Bauunternehmen ihres Mannes. Als der Landkreis ab Ende der 80er Jahre mit sinkenden Einnahmen zu kämpfen hatte, entwickelte die finanzpolitische Sprecherin der SPD Programme für Haushaltsanierungen. Viel lag ihr daran, den Kurs zwischen den Sparmaßnahmen und der Weiterentwicklung des Kreises positiv zu steuern. Die Interessen des Landkreises vertrat sie zudem u.a. im Beirat der Landesgasversorgung Niedersachsen, der Verkehrsgesellschaft Peine sowie in der Gesellschafterversammlung der Überlandwerke Braunschweig.

Das Amt als Landrätin nutzte Rosemarie Leunig besonders, um die Städtepartnerschaften des Landkreises mit Heinola (Finnland) und Niemodlin (Polen), dem ehemaligen Falkenberg, zu erhalten und zu verbessern. Speziell verbunden fühlte sie sich dem Heimatverein der ehemaligen Falkenberger, mit dem der Landkreis eine besondere Patenschaft pflegte, stammt sie selbst doch aus dem nahen Kreis Breslau. Überregional war sie Vorstandsmitglied im Nds.

Landkreistag.

SPD-Eintritt 1976 • Peiner Kreistag 1981 – 2006, stellv. Landrätin 1991 – 1996 u. 2000 – 2006, Landrätin 1996 – 2000

**Exponate:**

• Foto: „Gruppenbild mit einem Herrn“: Rosemarie Leunig (2.v.l., 3. Reihe) und viele weitere Frauen in politischen Ämtern besuchten 1992 den Nds. Landtag.

• Foto: Wahlkampf in Lahstedt mit der damaligen Umweltministerin Monika Griefahn, 1996

• Foto: Mit dem damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und Michaela Eckardt, SPD-Bewerberin für den Peiner Rat, beim Wahlkampf, 1996.

• Foto: Die Landrätin mit dem Lengeder Bürgermeister Hans-Hermann Baas, Oberkreisdirektor a.D. Dr. Peter Schroer, dem damaligen Regierungs-Präsidenten Peter Jürgen Schneider und dem Kreistagsabgeordneten Manfred Michael bei der Freigabe der K 50, 1997

• Foto: Bei ihrer Antrittsrede nach der Wahl zur Landrätin, 1996

**Roter Landrätin-mantel mit Hut**

## **Elke Klußmann**

\*1946 in Hannover

„*Wer nicht kämpft, hat schon verloren*“ (Bertolt Brecht)

Foto: Christdemokraten mit Fahrrädern, o.J.

BU: Fahrradfahren für die CDU: Horst Horrmann (l.v.l.), ....., ....., und Elke Klußmann (v.l.n.r.), o.J.

Elke Klußmann repräsentiert seit den 1970er Jahren das moderne weibliche Gesicht der CDU. Damals entschied sich die Lehrerin aus Protest gegen „überhebliche Polit-Emanzen“ für die Christdemokraten. Anfang der 1980er Jahre begann sie nahezu zeitgleich ihre politische Laufbahn im Peiner Kreistag, als Vorsitzende der CDU-Frauenunion Peine und im Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Als Abgeordnete im Kreistag setzte sie sich besonders in den Politikfeldern Frauen, Gleichstellung und Familien, Umweltschutz sowie Schule und Bildung ein. In der Zeit, als Rita Süßmuth und andere die neuen Leitlinien zur Frauenpolitik der CDU auf Bundesebene durchsetzten, trug Elke Klußmann vor Ort maßgeblich zum Meinungswandel ihrer männlichen Kollegen in der CDU-Fraktion zu wichtigen Frauenfragen bei. Diese überzeugte sie etwa von der Notwendigkeit, das Peiner Frauenhaus durch finanzielle Mittel des Kreistages zu unterstützen und eine kommunale Gleichstellungsstelle einzurichten.

Des Weiteren trieb die Christdemokratin den Bewusstseinswandel in der Umweltpolitik hin zu einem nachhaltigen Umweltschutz stark voran. Sehr erfolgreich war der für Peine erste „Abfall-Wegweiser“, den die Frauenunion unter ihrer Führung erarbeitete. 40.000 Broschüren wurden 1984/85 an die Haushalte im Kreisgebiet verteilt. Außerdem wirkte Elke Klußmann bei vielen Maßnahmen zur Müllvermeidung, Mülltrennung und Müllverwertung mit. Dazu gehörten Anträge, Altmetall zu sammeln, Leuchtstoffröhren als Sondermüll zu kennzeichnen, ein Pilotprojekt mit der grünen „Bio-Tonne“ in Ilsede durchzuführen sowie zur Umwelterziehung an den Schulen.

Nach ihrem kommunalpolitischen Engagement konnte Elke Klußmann die dabei erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse für ihre Tätigkeit als Rektorin der Wallschule (1998 – 2011) nutzen und weiterentwickeln. Aus ihrem Wissen über Integrationsförderung, Gender-Mainstreaming und Gewaltprävention verfasste sie ein



Praxisbuch für Erziehende „Jeder gewinnt - (k)ein Kinderspiel“. Sie entwickelt darin einen Leitfaden zur frühzeitigen Entwicklung sozialer Fähigkeiten bei Kindern in der Grundschule und zeigt konstruktive Strategien zur Konfliktlösung in deren Alltag auf.

CDU-Eintritt 1974 • Kreistag Peine 1981 – 1996 • Frauenunion Peine 1982 – 1990, Vorsitzende • Vorstand CDU-Frauenunion

Niedersachsen 1986 – 1990, Beisitzerin • Vorstand Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft CDA Niedersachsen 1981 – 1988, Beisitzerin • Landesarbeitsgemeinschaft „Berufstätige Frauen“ in der CDA Niedersachsen 1988 – 1994, stellv. Vorsitzende

**Exponate:**

• **Presse: Mit einer Modenschau zum Freischießen trumpften Peiner Kommunalpolitikerinnen 1991 auf.**

• **Den selbstgemachten Schal mit dem Motto „Wir Frauen bauen Zukunft“ trug Elke Klußmann sehr oft in den 80er und 90er Jahren.**

• **Suchbild „Unter Herren“: Elke Klußmann bei einer CDU-Versammlung**

## **Marita Heuer**

\*1953 in Groß Bülten

*„Ich will ein politisches und gesellschaftliches Miteinander“*

Foto: M.H. mit Jubilaren, 2003

BU: Genossinnen gehören in die erste Reihe. Marita Heuer (l.v. l.) bei der Ehrung der Jubilare in der SPD, 2003

Macht macht einsam, davon ist Marita Heuer überzeugt. Ihr Ziel ist ein gesellschaftliches und politisches Miteinander, durch das der einzelne Mensch gestärkt wird und seine vielfältigen Potentiale leben kann. Mit einer Politik der kleinen Schritte und stichhaltigen Argumenten will sie Mehrheiten für Veränderungen schaffen und die Demokratie stärken. Beharrlichkeit, sich offen Anfeindungen zu stellen und der eigenen Linie treu zu bleiben, sind ihre persönlichen Einstellungen, aus denen sie auch manches Mal Kraft für die Mühsal politischer Arbeit schöpft.

Geweckt wurde das politische Interesse der Sozialdemokratin durch ihre Mutter Edith Stümpel, die von 1968 bis zu ihrem frühen Tod 1969 im Peiner Kreistag saß. Als 16-Jährige holte sich die Tochter ihr Parteibuch und engagierte sich bei den Jusos, in der ASF und in der Gewerkschaft. Parallel dazu arbeitete sie nach der Lehre als

Rechtsanwalts- und Notargehilfin bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter und schloss nebenbei erfolgreich die Immaturenprüfung für ein Studium ab.

Ihre kommunalpolitische Laufbahn startete die Mutter zweier Söhne 1991, nachdem diese aus dem Größten heraus waren. Zehn Jahre war sie Ortsbürgermeisterin in Klein-Ilsede, 13 Jahre stellvertretende Bürgermeisterin in Ilsede. Seit 2001 knüpft sie im Peiner Kreistag an die politische Arbeit ihrer Mutter an. Seit 2006 ist sie Vorsitzende der SPD-Fraktion im Ilseder Gemeinderat.

In der praktischen Politik will Marita Heuer die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung ausschöpfen, um vor Ort die Lebenssituationen für Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche zu verbessern. Als Kommunalpolitikerin begleitete sie den Bau des ersten integrativen Kindergartens in Klein Ilsede, die Einführung von längeren Kita-Öffnungszeiten sowie die ökologische Ausrichtung eines Neubaugebiets.

Die Zukunft der Frauenpolitik besteht ihrer Meinung nach darin, das Aufwachsen von Kindern lebenswert zu gestalten. Die kostenfreie und gute Kinderbetreuung, der Ausbau von Ganztagschulen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen auf ihrer politischen Agenda ganz oben.

SPD-Eintritt 1969 • Ortsrat Klein-Ilsede 1991 – 2011,  
Ortsbürgermeisterin 1996 – 2006 • Gemeinderat Ilsede seit 1991, 1. stellv. Bürgermeisterin 1998 – 2006, 2. stellv. Bürgermeisterin 2006 – 2011, Vorsitzende der SPD-Fraktion seit 2006 • Kreistag Peine seit 2001

**Exponate:**

**Impressionen von der Basis. Kommunalpolitik im Aktenordner, Foto und Presse: Bürgerkönigin in Klein Ilsede, 2004 und Müllsammelaktionen vor Ort.**

**Doris Meyermann**

\*1956 in Hohenbostel am Deister

*„Demokratie lebt von der Partizipation – also mitmachen: wenn nicht jetzt, wann dann?“*

Foto: Vorstand des Kreisverbandes der Grünen 2007

BU: Grüne „Frauenpower“. Der Kreisvorstand mit Geschäftsführerin Doris Meyermann (1.v.r), 2007

Doris Meyermann macht seit mehr als 20 Jahren grüne Politik im

Landkreis. Die Anti-AKW-Bewegung, der Supergau im Atomkraftwerk Tschernobyl und viele Fragen wie die nach der Strahlenbelastung und unbedenklichen Lebensmitteln bewogen sie 1990, politisch aktiv zu werden. „Schacht Konrad in Sichtweite, Tschernobyl in den Knochen – die Grünen waren und sind für mich die einzige Anti-AKW-Partei“, sagt sie. Außerdem überzeugte sie die Frauenquote als direktes Statement für die Gleichberechtigung. Ihr Engagement startete die gelernte Speditionskauffrau vor Ort in Wedtlenstedt, wo sie mit ihrer Familie seit 1989 lebt. Schulelternrat, Food-Coop sowie die Unterstützung der Bürgerinitiative (BI) Schacht Konrad gehörten zunächst zum politischen Tagesgeschäft. Ab 1993 setzte sich Doris Meyermann in einer Elterninitiative für den Bau der Grundschule in Wedtlenstedt ein. Den Ratsbeschluss setzte sie im Vechelder Gemeinderat als Nachrückerin mit durch. Die Schuleinweihung 1997 erlebte sie als stellvertretende Bürgermeisterin. In den folgenden Jahren kämpfte sie für die Erweiterung der Grundschule, den Bau eines Kindergartens, die Einrichtung eines Jugendtreffs und die Erschließung eines Neubaugebiets mit ökologischen Vorgaben.

Ab der Jahrtausendwende intensivierte die Kommunalpolitikerin ihre Arbeit auf Kreisebene. Seit 2002 führt sie als Geschäftsführerin den Kreisverband der Grünen. Seit 2006 sitzt sie im Kreistag, ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und 2. stellvertretende Landrätin. Im Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales sowie im Jugendhilfeausschuss beschäftigt sie sich u.a. mit den Problemen und der Integration von AsylbewerberInnen und MigrantInnen, mit Gleichstellungsplänen und „Gendercheck“, mit Kinderbetreuung und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche. Wichtig sind ihr zudem die Organisation des sozialen Arbeitsmarktes und die Unterstützung der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (BBg).

Eine Demokratie lebt vom Mitmachen, davon ist Doris Meyermann fest überzeugt. Ohne politische Mehrheiten und ohne Macht gibt es keine Veränderung. Macht im Sinne von „Können, Fähigkeit und Vermögen“ signalisiert für sie die Möglichkeit, politische Ideen zu verwirklichen und eben nicht ohnmächtig und hilflos dem politischen Handeln Anderer ausgeliefert zu sein.

Eintritt bei den Grünen 1990 • Gemeinderat Vechelde seit 1994, stellv. Bürgermeisterin 1996 – 2001, Fraktionsvorsitzende • Ortsrat

Wedtlenstedt seit 1997, stellv. Ortsbürgermeisterin seit 2001 • Peiner Kreistag seit 2006, 2. stellv. Landrätin u. stellv. Fraktionsvorsitzende, Aufsichtsrat BBg und PEG seit 2008

**Exponate:**

- **Papierner Zeitzeuge des kommunalpolitischen Gestaltungswillens.** Das Plakat „Kampf für die Grundschule in Wedtlenstedt“.
- **Werbematerial.** Grüne Politik wird auch mit Witz „unter die Leute“ gebracht.
- **Junge „wilde“ Grüne.** Unter ihnen Doris Meyermann (3.v.l.) in Schlaghose, dem typischen „Outfit“ der 70er Jahre.
- **Der Igel mit „Natur“-Stacheln.** Ein Geschenk von Freunden für die kommunalpolitische Arbeit.
- **Auch das strahlendste Weiß des AKW-Schutzanzuges stoppt nicht die atomare Strahlung.**

## **Silke Weyberg**

\*1966 in Hildesheim

*„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“*

Foto: CDU-Ehrenamtsempfang 2011

BU: Gruppenbild ohne Herren. Silke Weyberg (1.v.r.) mit Sozialministerin Aygül Özkan, Cornelia Könnecker und Marion Övermöhle-Mühlbach beim CDU-Ehrenamtsempfang, 2011

Silke Weybergs Metier ist der ländliche Raum und die Landwirtschaft. Sie will die Lebens- und Bleibeperspektiven von Menschen auf dem Land mitgestalten. Erste Akzente setzte sie ab 1985 als Kreis-, Bezirks- und Landesvorsitzende der Niedersächsischen Landjugend und Delegierte für den Rat der europäischen Junglandwirte. Handfeste berufliche Kenntnisse erwarb sie in der Ausbildung zur landwirtschaftlich-technischen Assistentin und im Landwirtschafts-Studium. Erfahrungen im vorparlamentarischen Raum sammelte sie u.a. bei den Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf und als Geschäftsführerin beim Bund der Deutschen Landjugend in Bonn. Inzwischen lebt sie mit ihrem Mann und zwei Kindern auf dem eigenen Hof in Ohlum.

Im Peiner Land hat Silke Weyberg als „Quereinsteigerin“ eine rasante politische Karriere „hingelegt“. Dem Eintritt in die CDU 2001 folgte die sofortige Wahl in den Gemeinderat Hohenhameln. Nur zwei Jahre später konnte sie mit einem Direktmandat in den Nds. Landtag einziehen. In der Nachfolge der Vechelderin Edda Schliepack war die

Hohenhamelnerin die zweite Christdemokratin aus dem Landkreis, die dem höchsten Parlament im Land in dessen über 50-jährigen Geschichte angehörte. 2005 wurde sie als erste Frau zur Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Peine gewählt. 2006 erhielt sie einen Sitz im Peiner Kreistag, in dem sie derzeit 3. stellvertretende Landrätin und Mitglied im Kreisausschuss ist.

In der praktischen Politik versteht sich die Kommunal- und Landespolitikerin inzwischen als Generalistin. Im Gemeinderat befasste sie sich mit Schul- und Sozialpolitik, im Kreistag mit Bildungs- und Umweltpolitik, im Landtag lernte sie als stellvertretende Vorsitzende den großen Gestaltungsspielraum im Haushalts- und Finanzausschuss schätzen. Zu den Maßnahmen und Initiativen, für die sich Silke Weyberg stark gemacht hat, gehören u.a. die Ganztagsbetreuung an der Grundschule, die Sicherung des Schulzentrums in Wendeburg sowie der Bau vieler Radwege und Straßen im Landkreis.

CDU-Eintritt 2001 • Gemeinderat Hohenhameln 2001 – 2006 • Nds. Landtag 2003 – 2008, Nachrückerin 2011 – 2013 • CDU-Kreisverband Peine 2005 – 2013, Vorsitzende • CDU-Landesverband Braunschweig 2006 – 2010, stellv. Vorsitzende • Kreistag Peine seit 2006, 3. stellv. Landrätin

**Exponate:**

**Moderne Zeugnisse von Macht und Einfluss. Füllfederhalter, Wahlwerbung, Pressespiegel und Zeitungsartikel.**